

März 2021

Länderbericht

Europabüro Brüssel



Keine Experimente in der Krise – Niederlande stimmen für Kontinuität

Liberalen Parteien können zulegen, politische Linke verliert deutlich

Dr. Hardy Ostry, Kai Gläser

Bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden sind die großen Überraschungen ausgeblieben. Ministerpräsident Mark Rutte und seine rechtsliberale Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) erhielten die meisten Stimmen und werden aller Voraussicht nach die nächste Regierung des Königreichs anführen. Die linksliberalen Democraten 66 (D66) konnten deutlich zulegen und wurden zweitstärkste Kraft, vor den Rechtspopulisten um Frontmann Geert Wilders. Die Christdemokraten und linke Parteien mussten dagegen Verluste hinnehmen und verloren an Einfluss. Aufgrund der Corona-Pandemie und den auch in den Niederlanden wieder ansteigenden Neuinfektionen war die Parlamentswahl auf drei Tage gestreckt worden. Älteren Bürgerinnen und Bürgern wurde zudem erstmals die Möglichkeit der Briefwahl eingeräumt.

Bereits als am 17. März gegen 21 Uhr die Nachwahlbefragungen (Exit-Polls) bekanntgegeben wurden, war absehbar, dass sich bei dieser außergewöhnlichen Parlamentswahl die liberalen Parteien als Sieger fühlen durften. Neben der größten Regierungspartei VVD, die rund 22 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte und damit weiterhin deutlich stärkste Kraft ist, galt dies vor allem für den bislang drittstärksten Koalitionspartner D66. Dieser konnte in der Beliebtheit der Wählerinnen und Wähler nicht nur an den ebenfalls an der bisherigen Regierung beteiligten Christdemokraten (*Christen-Democratisch Appèl*, CDA) vorbeiziehen, sondern ließ auch die rechtspopulistische *Partij*

voor de Vrijheid (PVV) hinter sich. Mit rund 15 Prozent der Stimmen fuhr D66 das beste Ergebnis der Parteigeschichte ein, was Spitzenkandidatin Sigrid Kaag, bisher Ministerin für Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit, zu einem spontanen Freudentanz auf einem Tisch in der Parteizentrale verleitete. Das Video dieser Tanzeinlage verbreitete sich am Wahlabend wie ein Lauffeuer und stand dabei symbolisch für den Erfolg der beiden liberalen Regierungspartner. Der konservative Teil der Regierung konnte mit dem Wahlergebnis jedoch nicht zufrieden sein. Während der kleinste Koalitionspartner, die calvinistische *ChristenUnie* (CU), ihr Ergebnis von 2017 (3,4 Prozent der Stimmen) halten konnte, musste der CDA um Finanzminister und Spitzenkandidat Wopke Hoekstra deutliche Verluste hinnehmen und kommt nach vorläufigem amtlichen Endergebnis lediglich auf 9,5 Prozent der Stimmen. Im Vergleich zum bereits ernüchternden Wahlergebnis der letzten Parlamentswahl sank die Zustimmung damit um weitere 2,6 Prozentpunkte. Parteichef Rutger Ploum übernahm für diese Niederlage die politische Verantwortung und trat drei Tage nach der Wahl zurück.

Politische Linke verliert an Zuspruch, Populisten legen zu

Mit Blick auf die Opposition kann konstatiert werden, dass die linken und grünen Parteien zum Teil deutlich an Zuspruch verloren haben. Die linksgerichtete *Socialistische Partij* (SP) verlor im Vergleich zu 2017 fast ein Drittel ihrer Wähler und steht nur noch knapp vor der sozialdemokratischen *Partij van de*

Arbeid (PvdA), die ihr historisch schwaches Ergebnis aus dem Jahr 2017 (rund sechs Prozent der Stimmen) in diesem Jahr wiederholte. Die grüne Partei *GroenLinks* (GL) halbierte ihr Ergebnis aus dem Jahr 2017 nahezu und kommt nun auf nur noch 5,2 Prozent der Stimmen. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund interessant, dass die Debatte über den Klimawandel und die politischen Entscheidungen zur Reduktion der Treibhausgase auch in den Niederlanden in vollem Gange sind.

Am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums konnten die Rechtspopulisten zusammengenommen leicht zulegen. Zwar musste die PVV von Geert Wilders im Vergleich zur letzten Parlamentswahl leichte Verluste hinnehmen, diese wurden jedoch vom wiedererstarkten *Forum voor Democratie* (FvD) aufgefangen, welches mit fünf Prozent mehr als doppelt so viele Stimmen auf sich vereinen konnte wie beim letzten Urnengang. Darüber hinaus schaffte es die Partei *JA21*, eine Abspaltung des FvD, mit 2,4 Prozent der Stimmen ebenfalls ins Parlament und hob den Stimmenanteil der rechtspopulistischen und ausgesprochen europaskeptischen Parteien über das Niveau von 2017.

Parlamentarische Fragmentierung nimmt weiter zu

Insgesamt schafften 17 der 37 angetretenen Parteien und Wahlbündnisse den Sprung in die Zweite Kammer der Generalstaaten (vergleichbar mit dem Deutschen Bundestag) – so viele wie nie zuvor. Die hohe Anzahl der Parteien im Parlament und die damit einhergehende politische Fragmentierung ergibt sich aus der Tatsache, dass das niederländische Parlament keine Sperrklausel kennt und daher jede Partei vertreten ist, die genug Stimmen für einen einzigen der 150 Sitze in der Zweiten Kammer für sich gewinnen kann. In den vergangenen Jahren entsprach dies einer faktischen Sperrklausel von etwa 0,67 Prozent der Stimmen. In der abgelaufenen Legislaturperiode waren bereits 15 Parteien/Wahlbündnisse im Parlament vertreten, eine Zahl die mit dem Wahlergebnis der vergangenen Woche nochmals überboten wurde. Neben den klassischen

und in vielen Fällen auch etablierten Parteien konnten auch Vertreterinnen und Vertreter von ausgesprochenen Partikularinteressen (z.B. Partei für die Tiere, Bauernpartei, Partei 50+) einige Sitze erringen.

VVD in der Fläche stark, einzelne Hochburgen anderer Parteien

Ein Blick auf die regionale Verteilung der Stimmen unterstreicht die starke Stellung des Wahlsiegers VVD, die in gut zwei Drittel der Stimmbezirke die Mehrheit gewinnen konnte und dabei sowohl im ländlichen Raum als auch in urbanen Gegenden erfolgreich war. D66 etablierte sich vor allem in den Wahlbezirken in und um die Metropolen Amsterdam und Rotterdam und konnte die Anzahl der gewonnenen Stimmbezirke im Vergleich zur Wahl 2017 deutlich ausbauen. Die Christdemokraten fuhren die besten Ergebnisse weiterhin im Norden (Provinzen Friesland und Groningen) und im Osten des Landes (Provinzen Drenthe und Overijssel) ein, verloren jedoch auch hier einige Bezirke an die politischen Mitbewerber, allen voran die VVD. Die rechtspopulistische PVV konnte trotz Verlusten einige Stimmbezirke in der Provinz Limburg verteidigen, wo die Partei aufgrund ihres aus dieser Region stammenden Spitzenkandidaten traditionell gut abschneidet. Weitere Parteien konnten einzelne Stimmbezirke für sich gewinnen, können damit jedoch nicht verbergen, dass die VVD ihrem Anspruch als Volkspartei bei dieser Parlamentswahl gerecht geworden ist.

Starke Personalisierung des Wahlkampfes bei VVD und D66

Ähnlich wie bei anderen europäischen Wahlentscheidungen dürfte für viele Wählerinnen und Wähler von VVD und D66 die Person des Spitzenkandidaten bzw. der Spitzenkandidatin eine entscheidende Rolle gespielt haben. Obwohl Mark Rutte schon seit zehn Jahren im Amt ist – eine für niederländische Verhältnisse sehr lange Zeit – genießt er in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor großen Rückhalt. Auch sein im Vergleich zu den Nachbarländern weniger restriktives Management der Corona-Pandemie hält die Mehrheit der Bevölkerung für den richtigen Weg. Die Wahl der VVD dürfte daher in nicht

wenigen Fällen auch eine persönliche Wahl des „Krisenmanagers“ Mark Rutte gewesen sein. Bei einer erneuten Wahl zum Ministerpräsidenten wäre Rutte in wenigen Monaten der am längsten amtierende Ministerpräsident in der niederländischen Geschichte und einer der dienstältesten Regierungschefs der Europäischen Union (gemeinsam mit Angela Merkel und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán).

Auch bei D66 spielte die Spitzenkandidatin eine herausgehobene Rolle. In den Wochen und Tagen vor der Wahlentscheidung kristallisierte sich immer stärker heraus, dass Sigrid Kaag trotz aller Widrigkeiten eines überwiegend virtuell geführten Wahlkampfes mit ihrer charismatischen Art zahlreiche Bürgerinnen und Bürger ansprechen konnte und damit maßgeblich zum verbesserten Ergebnis ihrer Partei beigetragen hat.

Betrachtet man die Themen, die den Wahlkampf bestimmten, nahm die Bewältigung der Corona-Pandemie die größte Rolle ein. Die meisten Parteien stimmen grundsätzlich mit der Stoßrichtung der bisherigen Regierung überein, wollen bei der wirtschaftlichen Erholung jedoch unterschiedliche Schwerpunkte setzen, um sicherzustellen, dass die Niederlande nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich und sozial gestärkt aus der Krise hervorgehen. Daneben spielten Themen wie der Zustand des Gesundheitssystems, die Rolle des Staates und der Klimaschutz eine Rolle. Mark Rutte und seine VVD verstanden es dabei nach einhelliger Meinung der politischen Beobachter, einen Kurswechsel zu vollziehen und sozio-ökonomisch weiter nach links zu rücken. Statt des über Jahrzehnte verfolgten Konzepts des Neoliberalismus, welches den Staat bestmöglich einzuhegen versucht, betonte Rutte im Wahlkampf immer wieder die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens, wenn die Liberalisierung einzelner Bereiche (etwa des Gesundheitswesens oder des Wohnungsmarkts) zu weit gehe. Wie weit diese geschickt platzierten Ankündigungen, welche sich laut Umfragen mit der Mehrheitsmeinung im Land decken, in den kommenden Jahren tragen, muss zwar abgewartet werden, die bloße Ankündigung ließ in den

traditionell liberal aufgestellten Niederlanden jedoch aufhorchen.

Bisherige Koalition mit parlamentarischer Mehrheit

Mit Blick auf eine mögliche Regierungsbildung kann festgehalten werden, dass die bisherige Koalition aus VVD, CDA, D66 und CU im neu gewählten Parlament eine Mehrheit hätte und ausweislich der letzten Zahlen auf 78 von 150 Sitzen kommen würde (VVD: 34 Sitze, D66: 24 Sitze, CDA: 15 Sitze, CU: 5 Sitze). Im Laufe des Wahlabends hatte es zwischenzeitlich so ausgesehen, als wäre auch eine Drei-Parteien-Koalition im Bereich des Möglichen – dies bestätigte sich später jedoch nicht. Ministerpräsident Rutte kündigte noch am Abend der Wahl an, bald mit den Gesprächen zu beginnen, um dem Land möglichst schnell eine handlungsfähige Regierung präsentieren zu können. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund von Bedeutung, dass die gegenwärtige Regierung bereits vor dem Wahltag nur noch geschäftsführend im Amt war, nachdem sie Mitte Januar wegen eines mehrere Jahre zurückliegenden Beihilfenskandals geschlossen ihren Rücktritt erklärt hatte. Diese zwischenzeitliche Krise scheint bei der Wahlentscheidung der meisten Niederländerinnen und Niederländer jedoch keine, oder zumindest nicht die entscheidende, Rolle gespielt zu haben. Vor vier Jahren dauerten die Verhandlungen zur Regierungsbildung 220 Tage, sodass sich zahlreiche Beobachter auch in diesem Jahr auf einen langwierigen Prozess einstellen.

Neben der grundsätzlichen Frage, ob alle vier bisherigen Koalitionspartner die gemeinsame Arbeit fortsetzen wollen, wird der Erfolg der Verhandlungen auch von der Frage abhängen, ob die neuen Kräfteverhältnisse im Bündnis adäquat wiedergegeben werden können. Da D66 eine ausgesprochen pro-europäische Partei ist, wird sie aller Voraussicht nach darauf pochen, dass ihre Inhalte und Wahlversprechen in diesem Bereich stärker zur Geltung kommen, als dies in den letzten Jahren der Fall war, in denen die Niederlande auf europäischer Ebene häufig Maximalforderungen stellten und –

etwa als Mitglied der sogenannten „Sparsamen Vier“ – auf Konfrontationskurs mit südeuropäischen Mitgliedsstaaten gingen.

Neue Impulse in der niederländischen Europapolitik könnte auch eine weitere mögliche Koalition setzen, die rechnerisch denkbar wäre. In dieser Option würde die CU durch die pan-europäische Partei VOLT ersetzt, die 2,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte und nach aktuellem Stand mit drei Abgeordneten in die Zweite Kammer einziehen wird. Nach dem ersten Wahlerfolg im Zuge der Europawahl 2019 schaffte die dezidiert pro-europäische Partei in den Niederlanden erstmals den Sprung in das nationale Parlament eines EU-Mitgliedsstaats. Die Mehrheit eines solchen Bündnisses wäre mit 76 von 150 Sitzen jedoch denkbar knapp. Außerdem hätte eine solche Koalition – anders als die bisherige Regierung – keine Mehrheit in der Ersten Kammer der Generalstaaten (Senat), was die Umsetzung politischer Projekte schwieriger machen würde.

Ministerpräsident Rutte wollte sich am Wahlabend noch nicht in die Karten schauen lassen und betonte lediglich, dass die bisherige Koalition gute Arbeit geleistet habe und man in D66 und CDA natürliche Partner habe. Ob es über diese Ankündigung hinaus neue Partner im Bündnis geben wird, werden die kommenden Wochen zeigen.

Wahl unter Corona-Bedingungen verläuft reibungslos

Die Tatsache, dass die Parlamentswahl unter Pandemiebedingungen stattfand, wirkte sich nicht negativ auf ihre Durchführung aus. Mit einer Wahlbeteiligung von über 80 Prozent gaben so viele Menschen ihre Stimme ab wie selten zuvor. Um den Andrang an den Wahllokalen so überschaubar wie möglich zu halten, öffneten landesweit über 1.500 Wahllokale bereits in den beiden Tagen vor dem eigentlichen Wahltermin, um besonders vom Coronavirus gefährdeten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, ohne Infektionsgefahr ihre Stimme abzugeben. Menschen ab 70 Jahren wurde zudem erstmals in der niederländischen Geschichte die Möglichkeit der Briefwahl eingeräumt. Am Wahltag selbst hatten deutlich mehr Wahllokale als üblich geöffnet, um eine sichere

Stimmabgabe zu ermöglichen. Dabei griff man – typisch niederländisch – auch zu ausgefallenen Methoden, wie „Drive-in-Wahllokalen“ oder der Abstimmung in zu Wahllokalen umgewandelten Kirchen.

Fazit

Die liberalen Parteien sind als große Gewinner aus den niederländischen Parlamentswahlen hervorgegangen und werden aller Voraussicht nach auch die neue Regierung anführen. Die Christdemokraten und die politische Linke haben an Einfluss verloren, erstere haben jedoch weiterhin die Chance, in der Regierung zu bleiben und die Geschicke des Landes aktiv mitzugestalten. Mit Blick auf die Ausrichtung der Regierungsarbeit kann davon ausgegangen werden, dass sich mit dem gewachsenen Einfluss von D66 vor allem der europapolitische Ton der niederländischen Regierung ändert. War Mark Rutte in den vergangenen Monaten – nicht zuletzt im Zuge der äußerst zähen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und das Aufbauprogramm „Next Generation EU“ – häufig als „Mister No“ bezeichnet worden, könnte der zweitstärkste Koalitionspartner auf mehr Entgegenkommen in europapolitischen Fragen drängen. Da die zweitstärkste Kraft in der Koalition traditionell auch das Finanzressort übernimmt, könnten die Niederlande künftig auch in der Runde der EU-Finanzminister eine weniger konfrontative Haltung einnehmen.

Mit Blick auf die deutsch-niederländischen Beziehungen dürfte sich der sehr konstruktive und freundschaftliche Austausch der vergangenen Jahre auch unter einer neuen Regierung fortsetzen. Das bisherige Kabinett unterhielt enge Kontakte ins benachbarte Nordrhein-Westfalen sowie nach Berlin und hat eine Reihe von bilateralen Vorhaben in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angeschoben, welche auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden sollen. Da die Niederlande Deutschlands zweitwichtigster Handelspartner nach der Volksrepublik China sind, können gut nachbarschaftliche Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Auf den CDA kommt in den nächsten Wochen die Aufarbeitung des ernüchternden Wahlergebnisses zu, welches nicht wenige Beobachter auch mit den parteiinternen Entwicklungen im Vorfeld der Wahl in Verbindung bringen. Nachdem die Partei sich zunächst für Gesundheitsminister Hugo de Jonge als Spitzenkandidat ausgesprochen hatte, trat dieser wenige Wochen später von diesem Posten zurück, um sich als Minister vollumfänglich auf die Bewältigung der Pandemie fokussieren zu können. In der Folge übernahm Kabinettskollege Wopke Hoekstra diese Aufgabe, obwohl er vor der ersten Wahl eines Spitzenkandidaten unter dem Hinweis zurückgezogen hatte, dass er seine Rolle eher als Minister und weniger als Spitzenkandidat für die Parlamentswahl sehe. Dieser Widerspruch blieb bestehen und ließ sich wohl auch für den ein oder anderen Wähler nicht restlos auflösen. Welche

Konsequenzen das Wahlergebnis mittelfristig für die Rolle der Christdemokratie in den Niederlanden hat, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgesehen werden und hängt unter anderem auch von der Frage ab, ob der CDA der nächsten Regierung angehören wird oder nicht.

Die Tatsache, dass Parlamentswahlen auch in Zeiten von wieder steigenden Corona-Neuinfektionen sicher durchgeführt werden können, kann in anderen europäischen Staaten, welche in den kommenden Wochen und Monaten nationale Wahlen durchführen werden, durchaus als positives Signal aufgenommen werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)